

# Was sollen Philosoph/innen tun?

## Kommentar zur Podiumsdiskussion „Bedrohtes Denken“ (DGPhil Kongress 2017)

Wird erscheinen in: *Zeitschrift für philosophische Forschung*, Heft 1/2018

Maria Kronfeldner (Central European University, Budapest)  
Alexander Reutlinger (Ludwig-Maximilians-Universität, München)<sup>1</sup>

*Wie können Philosoph/innen mit der Bedrohung der akademischen Freiheit umgehen, die von rechtspopulistischen Strömungen (in Deutschland, Europa und weltweit) und autoritären Staaten (wie der Türkei und Ungarn) ausgeht?* – Diese Frage stand im Zentrum der Podiumsdiskussion „Bedrohtes Denken“, die während des DGPhil Kongresses in Berlin am Tag der Bundestagswahl 2017 stattfand. Es war eine Diskussion, deren Ende von der bedrückenden Nachricht überschattet wurde, die rechtsextreme AfD werde drittstärkste Kraft im neuen Bundestag. Angesichts dieses zutiefst beunruhigenden Wahlergebnisses glauben wir, dass es wichtig ist, diese Diskussion weiterzuführen. Dieser Kommentar soll dazu einen Anstoß geben.

---

Die Eingangsfrage kann auf zwei unterschiedliche Arten verstanden werden:

1. Wie sollen sich Philosoph/innen *als Philosoph/innen* in Reaktion auf die genannten politischen Bedrohungen engagieren?
2. Wie sollen sich Philosoph/innen *als Bürger/innen* engagieren?

Im Folgenden möchten wir einige Antworten diskutieren und auf bestimmte Gefahren in Sachen Popularisierung philosophischer Forschung hinweisen.

---

<sup>1</sup> Autoren sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Zu Frage 1. *Politisches Engagement als Philosoph/innen* sollte zu einem überwiegenden Teil darin bestehen, dass Philosoph/innen an der Universität vorbildlich ihren Job machen. Philosoph/innen, die sich gegen rechtspopulistische und autoritäre Tendenzen einsetzen, sollten ein Vorbild für Redlichkeit und Argumentation in Forschung und Lehre sein. Die Lehre sollte dabei im Vordergrund stehen. Die Lehre ist ein wesentlicher Teil des Berufs als Hochschullehr/in, denn als solche werden Philosoph/innen dafür bezahlt, Studierenden philosophische Kompetenzen zu vermitteln, d.h. junge Menschen zu kritisch denkenden, selbständig argumentierenden und sich unabhängig informierenden Erwachsenen zu erziehen. Nur solche Menschen können verantwortungsbewusst handeln und mündig zu politischen Entscheidungen beitragen. Zu diesem Teil unseres Berufs gehört es z.B. – in den meisten Bundesländern – auch, die Philosophielehrer/innen der Zukunft auszubilden, die selbst wiederum Einfluss auf künftige Generationen von Schüler/innen haben. Über Lehramtsstudierende wird jedoch leider oft nur gestöhnt. Wer sich aber gegen rechtspopulistische und autoritäre Tendenzen engagieren möchte, sollte diesen Teil unserer Arbeit (wieder) deutlich ernster nehmen. Es ist vielleicht der gesellschaftlich einflussreichste Teil unserer Arbeit.

Auch außerhalb der universitären Lehre könnte verstärkt mit Schulen (Projektstage, AGs, Leistungskurse, etc.) und Volkshochschulen zusammengearbeitet werden. Das kann lokal organisiert werden und muss nicht zwingend von einer Gesellschaft (wie der DGPhil, GAP, GWP, etc.) koordiniert werden. Dafür gibt es inspirierende historische Vorbilder wie z.B. das Projekt der „Volksaufklärung“, das von Mitgliedern des Wiener Kreises (wie z.B. Hans Hahn, Otto Neurath, Edgar Zilsel u.a.) an den Wiener Volkshochschulen durchgeführt wurde. Aber es gibt auch heute vorbildliche Projekte dieser Art, an denen man sich orientieren kann, wie z.B. Gerd Gigerenzer's Bildungsprojekt „Risikokompetenz“. Zusammen mit dem Ökonomen Thomas Bauer und dem Statistiker Walter Krämer, betreibt der Psychologe Gigerenzer als Teil des Projekts „Risikokompetenz“ den Blog „Unstatistik“, der den Umgang mit statistischer Information vermitteln soll, um breite Schichten der Bevölkerung zu befähigen, „in Zahlen gefasste Abbilder der Wirklichkeit korrekt zu interpretieren“ – ein Ziel das bereits Otto Neurath mit seiner „Bildstatistik“ verfolgte. Viele Universitäten verfügen zudem über bestehende Kooperationen mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, die intensiviert werden könnten. Wissenschaftsorganisationen, wie die Max Planck Gesellschaft, senden beispielsweise Vortragende der jeweiligen Generalversammlung in die umliegenden Schulen des Veranstaltungsorts. Dies könnte ein direktes Vorbild für philosophische Fachgesellschaften und Philosophieinstitute sein.

Sollte das politische Engagement als Philosoph/innen auch in Popularisierungsprojekten bestehen (z.B. in popularisierenden Büchern und Zeitungsartikeln)? – Dies ist ein Gedanke, der in der Podiumsdiskussion

mehrfach anklang. Wir halten die *Popularisierung philosophischer Forschungsinhalte* (d.h. die allgemeinverständliche Darstellung) für eine zweischneidige Angelegenheit, wenn man sie im Zusammenhang mit politischem Engagement thematisiert. *Einerseits* ist die Popularisierung philosophischer Forschungsinhalte ohne Zweifel eine wichtige und schwierige Aufgabe. Viele Popularisierungen stellen einen gelungenen Wissenschafts- bzw. Philosophiejournalismus dar. Solche gelungenen popularisierenden Artikel und Bücher können eine zweifache Rolle spielen: Erstens transportieren sie philosophische Forschung in die breite Öffentlichkeit. Zweitens vermitteln sie zumindest indirekt auch philosophische Kompetenzen und können daher als Fortsetzung der Lehre im öffentlichen Raum angesehen werden.

*Andererseits* birgt die Popularisierung ihre eigenen Gefahren. Auch wenn interessierte Laien dadurch einen Einblick in die Philosophie bekommen können, hat Popularisierung an sich jedoch nur bedingt etwas mit Politik zu tun, denn viele Themen der theoretischen und auch der praktischen Philosophie haben nur begrenzt etwas mit den eingangs genannten politischen Problemen zu tun, geschweige denn mit den damit verbundenen realpolitischen Herausforderungen. Das ist an und für sich kein Missetand, sondern Teil einer wichtigen Ausdifferenzierung von Philosophie. Die damit verbundene Arbeitsteilung und Spezialisierung bedeutet meist auch eine Zunahme von Präzision und Systematizität. Wie in den Wissenschaften garantiert bei bestimmten Themen erst die Absonderung der philosophischen Debatten – von den unmittelbaren Anwendungszwängen der Gesellschaft und der Politik – den nötigen Tiefgang. Dieser Tiefgang schließt selbstverständlich nicht aus, dass manche Teile der jeweiligen Debatten wieder an die Öffentlichkeit und Politik zurückgebunden werden können. Aber zu glauben, die Philosophie könne durch Popularisierung spezifischer philosophischer Inhalte die eingangs erwähnten politischen Bedrohungen bekämpfen, birgt die Gefahr einer Selbsttäuschung. Eine philosophische Auseinandersetzung mit genuin politischen Problemen sollte weder mit der indirekten Fortsetzung der Lehre durch Popularisierung philosophischer Inhalte verwechselt werden, noch mit einer an sich legitimen, öffentlichen Werbekampagne für Inhalte der eigenen Forschung.

Zudem kann eine fehlgeleitete und schlecht platzierte Popularisierung rechtspopulistisches und autoritäres Denken sogar fördern, nämlich dann, wenn Philosoph/innen sich allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur philosophischen Zunft (durch Ausbildung oder sogar Anstellung) dazu berufen fühlen, Kommentare zum politischen Zeitgeschehen zu veröffentlichen – Kommentare, die nichts mit der jeweiligen Expertise zu tun haben. Verfasser/innen solcher Kommentare fallen leider immer wieder durch unfreiwillige Komik, wilde Spekulationen, Uninformiertheit und vor allem durch schlichte Überschätzung der eigenen Kompetenzen unangenehm auf. Es ist in diesen Fällen häufig nicht klar, was die Autoren

dazu befähigt, sich zu den jeweiligen politischen Themen überhaupt öffentlich als Expert/innen zu äußern. Mit solchen Kommentaren gibt man der rechtspopulistischen Pauschalkritik an Expert/innen nur unnötig Futter.

Philosoph/innen sollten sich daher nur dann *als Philosoph/innen* zu politischen Themen äußern, wenn ihre Forschung sie dazu qualifiziert. Viele politisch relevante und brisante Themen (wie z.B. soziale Gerechtigkeit, Krankenversicherung, Patientenrechte, Rente, Migration, Rassismus, Antisemitismus, Geschlechtergerechtigkeit, Klimawandel, Agrarpolitik, Finanzkrisen, usw.) erfordern eine erhebliche sozial-, natur- und geschichtswissenschaftliche, juristische, usw. Expertise. Viele Philosoph/innen verfügen jedoch nicht über diese Expertise, was nicht überraschen sollte, da nur wenige Kolleg/innen zu diesen Themen über Jahre hinweg forschen.

Eine erlauchte Dampfplauderei zu allen möglichen politischen Themen unabhängig von der eigenen Expertise, nach dem Motto „*als Philosoph/innen* haben wir doch zu allem etwas besonders Kluges beizutragen“, schadet nur dem Ansehen der Philosophie, läuft unseren eigenen Standards der intellektuellen Redlichkeit zuwider, trägt rein gar nichts zur Lösung wichtiger politischer Probleme bei und kann sogar kontraproduktiv wirken. Das bedeutet, dass Philosoph/innen einfach ehrlich zu sich selbst sein müssen. Bei vielen politischen Themen gilt für die meisten Philosoph/innen, dass sie nicht die nötige Kompetenz haben, um dazu öffentlich als Expert/innen Stellung zu beziehen. Dies zuzugeben ist keine Schande, sondern gebotene Bescheidenheit. Manchmal ist es daher angebracht im Namen der Philosophie und deren argumentativer Standards ‚Nein‘ zu sagen und – statt selber etwas zu veröffentlichen – auf eine/n Expert/in zu verweisen. Es gibt schließlich – weltweit zumindest – für fast jedes Thema mindestens ein oder zwei solcher Expert/innen, die etwas Fundiertes dazu beitragen, weil deren Forschung auf die jeweiligen politisch relevanten Themen ausgerichtet ist.

Politische Probleme in der eigenen Forschung zu thematisieren ist das stärkste politische Engagement, das Philosoph/innen *als Philosoph/innen* leisten können. Aber auch hier ist Vorsicht geboten, denn auch diesbezüglich gibt es unrühmliche Negativbeispiele von oberflächlichen Beiträgen zu wichtigen politischen Themen, die weder das politische Anliegen noch die philosophische Debatte weiterbringen. Wir brauchen keine Facebook-Einträge zu politischen Themen, die mit einer Länge von 200 Seiten als Buch veröffentlicht werden. Arbeitet man nicht direkt zu einem politischen Thema, was auf die Mehrheit der Philosoph/innen zutrifft, und will man seriöse Forschung auf höchstem Niveau betreiben, muss man sich ein neues Forschungsthema erschließen – eine nicht zu unterschätzende mittelfristige, wenn nicht gar langfristige, Investition, die erst Jahre später Früchte tragen wird.

Zu Frage 2. Wenden wir uns abschließend der zweiten, anfangs aufgeworfenen Frage zu: Wie sollen sich Philosoph/innen *als Bürger/innen* engagieren? Wie für alle anderen Bürger/innen gilt auch für Philosoph/innen: Wer sich politisch engagieren möchte, kann dies in verschiedensten existierenden Organisationen tun (z.B. Parteien, NGOs, Vereinen und dergleichen) oder neue Organisationen gründen. Dies ist beileibe kein trivialer Punkt, denn wir befürchten, dass nur die wenigsten Philosoph/innen sich auf diese Weise politisch engagieren, obwohl ihre argumentativen Kompetenzen dort durchaus positive Wirkung entfalten könnten. Aus persönlicher Erfahrung (im politischen Engagement für die Weiterexistenz der Central European University in Budapest) können wir zudem berichten, dass politische Aktionen gegen die Einschränkung akademischer Freiheiten vor allem darin bestehen, sich an zuständige Politiker/innen (EU-Abgeordnete, Mitglieder des Bundestages, Regierung des Staates New York usw.) und Institutionen zu wenden (EU-Kommission, Parteien und Fraktionen im europäischen Parlament, etc.). Diese Politiker/innen und Institutionen sind dazu in der Lage, Druck auf Rechtspopulisten und autoritäre Staaten auszuüben. Demokratische Institutionen zu stützen bedeutet auch, die bestehenden Institutionen zu nutzen, und damit die von diesen Institutionen gestützten Freiheiten. Aber auch bei diesem Punkt müssen Philosoph/innen ehrlich mit sich sein und klar sehen, was sie tun. Philosoph/innen, die sich in Parteien und NGOs gegen rechtspopulistische und autoritäre Tendenzen in unserer Gesellschaft einsetzen, tun dies nicht *als Philosoph/innen* (mit bestimmten Forschungsinteressen und als Vertreter/innen spezifischer philosophischer Thesen), sondern entweder *als verantwortungsbewusste, mündige Bürger/innen* oder *als Vertreter/innen ihres Berufsstandes* (d.h. in Verteidigung bestimmter eigener spezifischer Rechte, z.B. zur Sicherstellung der eigenen akademischen Freiheiten).